

ÖDP sieht in der Finanzkrise ein Signal zur Umkehr

UMDENKEN Sebastian Frankenberg verpackt beim Gillamoos-Nachdreher seine Botschaften in ein Wissensquiz.

VON CHRISTINE SCHRÖPF, MZ

ABENSBERG. ÖDP-Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberg gestaltet seine Rede zu ESM-Rettungsschirm und Fiskalpakt als Quiz mit verteilten Rollen. Eine ZuhörerIn muss am Dienstagabend in die Rolle von Kanzlerin Angela Merkel schlüpfen. Ein CSU-Bundestagsabgeordneter, der ESM-Gouverneursrat und Griechenland spielen in dem Lehrstück ebenfalls tragende Rollen. Blitzschnell feuert Frankenberg seine Fragen los. Er will die Ursachen der Finanzkrise bloßlegen. Welche Schleusen wurden seit den 1990er Jahren per Bankenderegulierung für Spekulanten geöffnet? Wie war das 2008 mit dem ersten Stabilisierungsfonds SoFFin? Welche Kompetenzen hat der ESM-Gouverneursrat? Wie hoch ist das Finanzrisiko für Deutschland? Und wie wenig haben Volksvertreter noch mitzureden? Die ÖDP sieht die demokratischen Gestaltungschancen bedroht und zählt bekanntlich zu den Beschwerdeführern vor dem Bundesverfassungsgericht.

„Wir wollen nicht brüllen“

Die 50 Gäste im Jungbräu kommen über ESM und Fiskalpakt ins Diskutieren. Frankenbergers Mission ist geglückt: Bei der ÖDP soll alles anders sein als bei den Parteien, die auf dem Gillamoos ihre Schlachten geschlagen haben. „Wir wollen nicht brüllen und johlen, sondern nachdenken und diskutieren“, so Peter-Michael Schmalz, ÖDP-Chef in Niederbayern.

Den Drang nach ständig mehr Wirtschaftswachstum identifiziert Frankenberg als Ursache für die Finanzkrise. Er zitiert Mahatma Gandhi: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“ Der frühere ÖDP-Landesvorsitzende Bernhard Suttner pflichtet ihm bei. Es fehle in der Gesellschaft an der Bereitschaft, „materielle Ab-

schwünge auszuhalten“. Langfristige Lösung ist für die ÖDP eine Postwachstumsökonomie, in der jeder zu Abstrichen bereit sei: Weniger Arbeit, weniger Verdienst, aber mehr Lebensqualität, lautet die Formel. Wie sich in der Krise neue Wege öffnen, zeige sich in Griechenland, sagt Frankenberg. „Da werden wieder Tauschgeschäfte eingeführt. Das schafft wahnsinnige soziale Bindungen.“ Doch er weiß, dass seine Forderung unpopulär ist. „Das ist eine Politik, die man schlecht marktschreierisch unters Volk bringen kann.“

Grobe Missachtung der Bürger

Ein Zuhörer hakt nach. „Postwachstumsökonomie ist wunderbar. Aber wenn wir den ESM-Rettungsschirm platzen lassen: Was bieten wir als Alternative an?“ Frankenberg tut sich mit einer Antwort schwer. Das Meinungsbild im Bundesvorstand sei uneinheitlich. „Ich persönlich kann mich mit einem Staatsbankrott Griechenlands und einer Entschuldung sehr gut anfreunden“, sagt er.

Neben der EU-Finanzkrise steht Bayerns Politik im Zentrum. Landesvorsitzender Klaus Mrasek kritisiert den Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (LEP) aus der Feder der Staatsregierung. Die weitere Zersiedlung der Landschaft – schon jetzt würden täglich 20 Hektar vernichtet – sei programmiert. Verbindliche Ziele seien im LEP rar, die Verpflichtungen zum Klimaschutz selbst bei wohlwollender Betrachtung „ungenügend“. Grobe Missachtung der Bürger ist für Mrasek, dass im Papier die dritte Startbahn für den Münchner Flughafen und der Donauausbau gefordert wird.

ÖDP

- ▶ **Die Partei** hat sich mit Volksbegehren einen Namen gemacht.
- ▶ **Bei der Abschaffung** des bayerischen Senats zog die ÖDP die Fäden – ebenso beim Kampf für Nichtraucherchutz.
- ▶ **Demnächst** startet ein Volksbegehren zur Direktwahl des Ministerpräsidenten.
- ▶ **Heute** wird im Landtag zudem eine Petition eingereicht – für eine zweite Kraft in jeder Grundschulklasse, die dem Lehrpersonal assistiert.